

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 17.01.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:56 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Marcel Kaldek

Frau Ursula Schineller

Frau Carla Steinkröger

Herr Frank Strothmann

Herr Werner Thole

Vorsitzender

SPD

Herr Kai-Philipp Gladow

Herr Ole Heimbeck

Frau Susanne Kleinekathöfer

Frau Sarah Leffers

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich-Tobien

Frau Dr. Adele Gerdes

Herr Thomas Krause

Herr Thies Wiemer

FDP

Herr Micha Paul Kasper

Die Partei

Frau Heike Wulf

AfD

Herr Martin Breuer

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung

Herr Adamski

Beigeordneter

Frau Möller

Umweltamt, Amtsleitung

Herr Dr. Pues

UWB, Kaufm. Betriebsleiter

Herr Seipel

UWB, Geschäftsbereichsleiter 700.4

Herr Geisler

UWB, Geschäftsbereichsleiter 700.5

Herr Finke

UWB, Geschäftsbereichsleiter 700.6

Herr Kiefer

UWB, Abteilungsleiter 700.63

Frau Stuckmann

UWB, 700.01

Frau Goebel

UWB, 700.0

Frau Kersten

UWB, 700.521

Frau Steinhoff

UWB, Schriftführerin

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Thole fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er wünscht allen Anwesenden ein frohes neues Jahr und hofft auch im Jahr 2023 auf die Weiterführung der guten Zusammenarbeit.

Herr Thole stellt fest, dass zur Tagesordnung im öffentlichen Teil keine Anmerkungen oder Änderungswünsche vorliegen.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 15.11.2022

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei 3 Enthaltungen einstimmig beschlossen. -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung zum Thema „Regenwassergebühr“.

Herr Seipel führt aus, dass das Thema Regenwassernutzung im Rahmen der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz thematisiert worden sei. In diesem Zuge sei die Frage aufgekommen, wie sich die Nutzung von Regenwasser auf die Gebühren bzw. die Beiträge der Anlieger*innen auswirke. Durch Dachbegrünung bzw. durch die Errichtung von Versickerungsanlagen mit Notüberlauf könnten Anlieger*innen die zu zahlende Gebühr auf 70 Prozent reduzieren.

Herr Heimbeck nimmt Bezug auf den Artikel „Bielefelder Tierpark schmutzig? Der Leiter reagiert verständnislos und erklärt vieles“ aus der Neuen Westfälischen und erklärt, dass seine Fraktion Herrn Linne- mann unterstütze und die Vorwürfe befremdlich seien.

Herr Thole würde dieses Thema gerne in der kommenden Sitzung des BUWB in Form eines Tagesordnungspunktes aufarbeiten. In diesem Zuge solle auch der aktuelle Sachstand der Tierparkerweiterung vorgestellt werden. Darüber hinaus könne er Herrn Heimbeck nur zustimmen.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage zur Schmutzwassergebühr im städtischen Abwasser

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5269/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort zur Anfrage.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Anfrage zum Sachstand 4. Reinigungsstufe in den Bielefelder Kläranlagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5271/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort zur Anfrage.

Herr Heimbeck fragt, was unter einer Mikroschadstoffelimination zu verstehen sei.

Herr Seipel antwortet, dass es sich bei der Mikroschadstoffelimination um die Beseitigung von Spurenstoffen aus dem Abwasser handele. Dabei könne es sich beispielsweise um Medikamentenrückstände, Röntgenkontrastmittel oder weitere Substanzen, die aktuell noch nicht in der Nachweisgrenze liegen und möglicherweise zukünftig erst entstehen, handeln. Die Bezirksregierung und die europäische Wasserrahmenrichtlinie sähen hierfür eine 4. Reinigungsstufe vor.

Herr Heimbeck fragt zur Formulierung, ob die 4. Reinigungsstufe in dem kleinen Klärwerk Sennestadt nachgeordnet zu den großen Klärwerken Brake und Heepen geplant sei. Er fragt, ob dies technisch anders sei als die Aktivkohle-Reinigung im Klärwerk des AOL.

Herr Seipel berichtet, dass es verschiedene Möglichkeiten gäbe, eine 4. Reinigungsstufe zu realisieren. Die Kläranlage des AOL würde beispielsweise schon über einen längeren Zeitraum über eine 4. Reinigungsstufe in Form des Einsatzes von Pulveraktivkohle verfügen.

Bei den Kläranlagen im Stadtgebiet Bielefeld gäbe es eine Verfahrensstufe in Form von Ozonung oder auch die Pulveraktivkohle. Die Erfahrungen aus den nächsten Jahren würden zeigen, welches Verfahren für Bielefeld geeignet sei. Die Ozonung benötige viel Energie. Im Kontext der Energiepreise könnten in der Abwägung wesentliche Änderungen entstehen. Im ersten Schritt würde auf den großen Kläranlagen eine 4. Reinigungsstufe realisiert. Die kleineren Kläranlagen mit einer Anschlussgröße von ca. 30 Tausend seien nachgelagert.

Herr Thole schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass das Thema Reinigungsstufen den Betriebsausschuss Umweltbetrieb in den nächsten Jahren noch häufig beschäftigen werde.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 Anfrage zu pädagogischem Personal in der Abfallberatung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5270/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort zur Anfrage.

Herr Heimbeck erklärt, dass es sich um eine erfreuliche Antwort handele. Er möchte daran erinnern, dass das pädagogische Konzept im Betriebsausschuss vorgestellt werden solle.

Herr Thole bedankt sich für diesen Hinweis.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5 Beschlussfassung über die Gebührensatzungen im Rat der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5311/2020-2025

Herr Thole erklärt, dass es sich um eine Informationsvorlage handele. In der letzten Sitzung des BUWB seien die Gebührensatzungen beschlossen worden. In der Vorlage sei angekündigt worden, dass nach dem Beschluss des Kommunalabgabengesetzes im Landtag die Satzungen entsprechend überarbeitet würden und im Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Änderungen seien in der Informationsvorlage dargestellt.

Herr Dr. Poes führt aus, dass die Vorlage der Information über die nachträglichen Änderungen diene. Die tatsächliche Entscheidungsfindung im

Landtag sei in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag gewesen. Im Laufe des Donnerstags wurden die Angaben übernommen, sodass die Gebührensatzungen im Rat am gleichen Tag beschlossen werden konnten. Das Gesetz sei eine Woche später, vor Jahresabschluss, veröffentlicht worden. Aufgrund der Kürze der Zeit habe es keine Möglichkeit gegeben, den Wirtschaftsplan noch anzupassen.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Umgestaltung Rosengarten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5103/2020-2025

Herr Kiefer stellt die Planung zur Umgestaltung des Rosengartens anhand des vorliegenden Lageplanes kurz vor.

Herr Breuer erklärt, dass die Umgestaltung fantastisch sei. Er fragt, ob es abzusehen sei, dass es Abweichungen zu den veranschlagten Investitionskosten gebe.

Herr Kiefer antwortet, dass die Entwicklung der Baukosten nicht vorhersehbar sei. Nach aktuellem Stand seien die Kosten im Planungsrahmen.

Herr Stiesch fragt aufgrund der Planungen zur Regenrückhaltung, ob der Rosengarten bei Starkregenereignissen überschwemmt sei.

Herr Kiefer antwortet, dass das Gelände insgesamt hängig sei. Es gebe bestimmte Bereiche, in denen sich temporär Wasser einstauen könne. Für Extremereignisse seien entsprechende Überläufe vorgesehen.

Herr Adamski führt aus, dass die Wege einen Damm-Charakter hätten. Es gäbe wechselfeuchte Bereiche, in denen eine Drosselung des Oberflächenwassers stattfinden könne. Dies führe dazu, dass andere Pflanzen-Gesellschaften ermöglicht würden und die Arten-Diversität gefördert werde. Darüber hinaus werde die Grundwasserneubildung gefördert. Das Konzept der Schwammstadt werde gelebt. Die Nutzung des Rosengartens sei aber auch bei Starkregenereignissen weiterhin gegeben.

Herr Heimbeck fragt, ob die Maßnahme bis Ende 2024 abgeschlossen werden könne.

Herr Kiefer erklärt, dass man sich aktuell im Zeitplan befinde und von einer Fertigstellung Ende 2024 ausgegangen werden könne.

Herr Strothmann bedankt sich für die Planung und erklärt, dass es sich bei der Umgestaltung um eine gute Maßnahme handle. Entsprechend der Wünsche sei eine offene, von außen einsehbare Parkanlage geplant worden. Deshalb sei die CDU bereit, dass notwendige Geld in die Hand

zu nehmen und den Bereich aufzuwerten. Er fragt, ob der Boden im Bereich der Rosenbeete ausgetauscht werden müsse.

Herr Kiefer antwortet, dass in geringem Umfang Bodenaustausch erforderlich sei, da Rosen einen hohen Anspruch hätten. Der aktuelle Boden sei ermüdet.

Frau Wulf nimmt Bezug auf die Anwohnerbeteiligung. Sie fragt, ob die Angebote, wie zum Beispiel die Möglichkeit, eine Slackline aufzubauen, im Rahmen der Beteiligung gewünscht oder ob die Anregungen nicht aufgenommen worden seien.

Herr Kiefer antwortet, dass die Frage nach Bewegungsangeboten Teil der Bürger*innenbeteiligung gewesen sei. In diesem Rahmen sei der Wunsch geäußert worden, dass kein aufwändiges Sportangebot verwirklicht werden solle. Stattdessen würden die subtilen Angebote bevorzugt. Neben der Möglichkeit von Slacklines gebe es verschiedene Angebote für alle Altersklassen.

Herr Kasper erklärt, dass das Konzept schlüssig aussehe. Durch die Umgestaltung des Rosengartens würden allerdings 10 Parkplätze wegfallen. Es sei grundsätzlich eine gute Idee, dass der Untergrund regenwasserdurchlässig gemacht und eine Fläche entsiegelt werde. Er fragt, ob bezüglich des Wegfalls der Parkplätze mit den Anwohner*innen und der Konzerthalle Rücksprache gehalten worden sei. Insbesondere Senioren würden gerne neben der Halle parken.

Herr Kiefer antwortet, dass die Anwohner*innen zur Bürgerbeteiligung eingeladen worden seien. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung seien die Parkplätze seitens der Anwohner*innen nicht thematisiert worden. Verwaltungintern habe eine Rücksprache mit dem Amt für Verkehr stattgefunden. Diese Rücksprache habe ergeben, dass der Bedarf der 10 Parkplätze in der Form nicht gegeben sei. Ziel sei es, die Nahmobilität zu stärken. In unmittelbarer Nähe befinde sich eine Stadtbahnhaltestelle. Es sei somit nicht erforderlich, die 10 Parkplätze zu erhalten.

Herr Thole bedankt sich für die Präsentation. Er berichtet, dass die Bezirksvertretung Mitte den Beschlussvorschlag beschlossen habe. Er hofft, dass die Maßnahme im Jahr 2024 abgeschlossen werde.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Verteilung der Bielefelder Abfallkalender

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5243/2020-2025

Frau Leffers bedankt sich.

Herr Heimbeck schließt sich dem Dank von Frau Leffers an. Es sei erfreulich, dass durch Digitalisierung rund 60.000 Euro eingespart werden können. Trotz der Umstellung bestehe für Interessierte aber noch immer die Möglichkeit, den Abfallkalender in Papierform zu erhalten, sodass keine Benachteiligung entstehe.

Herr Kasper fragt, ob es technisch möglich sei, dass Ausfälle der Müllabfuhr in der App angezeigt werden. Sollte der Müll, wie beispielsweise im November aufgrund des hohen Krankenstandes, nicht abgeholt werden können, wäre es wünschenswert, dass dies in der App angekündigt werde.

Herr Dr. Pues bedankt sich für die Frage und berichtet, dass dieses Thema intern noch nicht geprüft worden sei.

Herr Geisler führt aus, dass ein Tourenausfall aufgrund von Krankenständen eine Situation sei, bei der erst im Laufe des morgens entschieden werden könne, ob ein Ausfall tatsächlich erforderlich werde. Im ersten Schritt würden verbleibende Touren umgestellt, damit nicht ganze Touren ausfallen müssen. Deshalb sei es wichtig, dass die Mülltonnen erst einmal an der Straße stehen bleiben, damit im Laufe des Tages noch möglichst viele geleert werden können.

Aktuell sei der Umweltbetrieb auf der Suche nach einem Tourenplanungsprogramm zur digitalen Rückmeldung mit Telematik. Bei der Erstellung des Leistungsverzeichnisses für eine europaweite Ausschreibung handele es sich um eine schwierige Aufgabe. Aktuell sei der Umweltbetrieb deshalb nicht in der Lage, Haushalte per App über einen Tourenausfall zu informieren.

Herr Dr. Pues ergänzt, dass die Anregung sehr interessant sei und die Idee mitgenommen werde.

Herr Breuer sieht die Änderung in der Verteilung der Bielefelder Abfallkalender kritisch. 60.000 Euro seien Peanuts für die Stadt Bielefeld. Die Digitalisierung lasse ältere Bürger*innen außen vor. Diejenigen wüssten nicht, wo sie anrufen müssen oder können. Außerdem seien Ältere häufig sehr einsam, weshalb sie sich freuen würden, wenn sie etwas im Briefkasten erhalten. Wenn der Abfallkalender in Papierform ankommen würde, könnten diejenigen sich das in den eigenen Jahreskalender übertragen und hätten etwas zu tun. Deshalb bitte er darum, nicht alles zu digitalisieren und auch an die Älteren zu denken. Deshalb müsse er Kritik an der Umstellung der Verteilung der Bielefelder Abfallkalender üben.

Herr Dr. Pues erklärt, dass die Bürger*innen in diesem Jahr per Post über die Änderung informiert würden. Darüber hinaus werde über die Umstellung in verschiedenen Medien informiert. Durch Anruf und Anforderung per E-Mail gebe es weiterhin die Möglichkeit, den Abfallkalender in Papierform zugeschickt zu bekommen beziehungsweise diesen selbst auszudrucken.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 8

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Berichte vor.

Werner Thole
Ausschussvorsitzender

Lisa Steinhoff
Schriftführerin